

# Königsberger Hartung'sche Zeitung.

## Eigene Drahtberichte der Königsberger Hartung'schen Zeitung.

### Die Grenzen Albanien's.

Belgrad, 19. April. Die Vertreter der Großmächte überreichen gestern im Ministerium des Aeußern eine Mitteilung betreffend die Nord- und Nordostgrenze Albanien's.

Sofia, 19. April. Die Vertreter der Mächte haben gestern im Ministerium des Aeußern die von der Vorkommission in London festgelegten nördlichen und nordöstlichen Grenzen Albanien's mitgeteilt.

Die Grenze Albanien's wird ihren Anfang von der Mündung des Bajansflusses an dem Adriatischen Meer nehmen und dann dem Talwege dieses Flusses bis zu dem an seinem rechten Ufer gelegenen Dorfe Goriza führen. Von hier erreicht sie den Gipfel des den Bajansflusses von Skutari trennenden Gebirges. Der Tarabosch bleibt bei Albanien. Nachst dem bei Albanien verbleibenden Dorfe Jogan traversiert die Grenze den See bis zur Rucht Licheni Gotsis und folgt hierauf der Grenze zwischen den Stämmen Gurba und Dorsim, die zu Montenegro kommen, einerseits und den Stämmen Kasirati und Clementi andererseits, jedoch diese beiden Stämme zu Albanien gehören. Die Grenze folgt sodann der gegenwärtigen Grenze zwischen dem montenegrinischen Stamm Kuschi und dem Stamm Clementi bis zum Territorium von Gufinje und Klada zusammen. Indem sie der Hauptgebirgskette und der Wasserscheide zwischen dem Lim und Drin folgt, fallen die genannten beiden Städte an Montenegro. Die Grenze verläßt hierauf diese Gebirgskette, um den Kamm der Hügel im Süden von Djalowa, welche Stadt außerhalb Albanien's gelassen wird, zu gewinnen, und geht auf diesem Kamm bis zum Weissen Drin weiter. Sie folgt dem Laufe dieses Flusses bis westlich von Prizrend und dann der Grenzlinie zwischen dem Distrikt von Prizrend und dem Distrikt von Rama, jedoch dieser letztere bei Albanien bleibt. Hier folgt sie dem Kamm des Berges Korab, wobei der Distrikt von Unter-Dibra bei Albanien, der Distrikt Nela außerhalb Albanien's bleibt, verläßt diesen Kamm ein wenig südlich der außerhalb Albanien's liegenden Stadt Dibra, erreicht den Schwarzen Drin, läuft diesen entlang bis zum Dorfe Zufowo, von wo sie der das Becken des Drin von dem des Stumbi trennenden Hauptgebirgskette folgt. Struga außerhalb Albanien's läßt und in der Umgebung des Dorfes Lin das Ufer des Schribojacs erreicht.

### Montenegros Zustimmung.

Sofia, 19. April. (Wiener Corr.-Bur.) Es verlautet, das nunmehr auch die Antwort Montenegros hier eingetroffen ist. Sie enthält die bedingungslose Zustimmung zu den Vorschlägen der Großmächte. Es bleiben also nur noch eine Vereinbarung über einige tegliche Änderungen unter den Verbündeten durchzuführen, namentlich betreffend die Grenze Albanien's, der ägäischen Inseln und die Kriegsschädigung, worauf die Antwortnote den Großmächten sofort überreicht werden soll, was vielleicht noch heute, spätestens aber morgen erfolgen wird.

Wien, 19. April. Die „Südslawische Korrespondenz“ meldet aus Cetinje vom 18. April: Der Ministerpräsident, Kriegsminister Martinowitsch, General Bietowitsch und mehrere höhere Offiziere sind hier eingetroffen. Der König hatte eine mehrstündige Unterredung mit den Generalen. Heute treffen die Krings ein. Ein großer Rat ist in den Konak berufen, an dem die Mitglieder der Königsfamilie, Minister und Generale teilnehmen sollen. Man bringt seine Einberufung mit den Erwägungen über die Aufhebung der Belagerung von Skutari in Zusammenhang.

### Serbien und Bulgarien.

r. Sofia, 19. April. Der bulgarische Bischof Ruzna ist von den serbischen Militärbehörden aus seinem Amte verjagt worden. Die Bewohner bulgarischer Nationalität von Dibra wurden durch Gewalttätigkeiten der serbischen Behörden gezwungen, aus dem bulgarischen Exarchat auszureiten.

Französische Lobspüche an die Kriegsführenden. Aus Paris wird gemeldet: Der ehemalige Kriegsminister, Abgeordneter Messimy, der unmittelbar nach der Einnahme von Adrianopel sich auf den Kriegsschauplatz begeben hatte, um aus eigener Anschauung die dortigen Verhältnisse kennen zu lernen, beginnt im „Matin“, seine Eindrücke zu erzählen. Er erklärt, es sei schimpflich, den Sieg der Balkanverbündeten den französischen Geschützen, die sie besaßen, zuzuschreiben. Die besten Waffen, seien es nun Kanonen, Maschinengewehre, Flugzeuge und so weiter, haben niemals genügt, um den Sieg zu sichern. Der Sieg wird immer nur das Werk von Männern bleiben. Maschinen sind dagegen unvermeidlich. Es wäre freigeist, sich auf die Mechanismen, und wären sie noch so wunderbar, zu verlassen, um das zu erzielen, was durch die Seele und die körperliche Fertigkeit und Tüchtigkeit der Soldaten nur geschehen kann. Die bulgarischen Vorkämpfe sind ein Sieg ausgezeichneter Vorbereitungen, der Genügnung der Soldaten, die von ihrer Geburt an immer wußten, sie seien vorbestimmt, einen entscheidenden Kampf mit ihrem vielhundertjährigen Brüdern auszufechten, des Vertrauens zu der Armee und der Gewißheit, daß sie ausgezeichnete Führer hatte, deren Leute in der Ausführung der erteilten Befehle über die Grenze der menschlichen Kräfte hinausgehen würden. Das wichtigste, theoretische Ergebnis des Krieges ist die Neubestätigung der alten Wahrheit, daß das Ergebnis der ersten Zusammenstöße für den ganzen Feldzug entscheidend ist. Die Folgen dieser Lage konnten von den Türken durch ihre spätere ehrenvolle Haltung nicht mehr weitgemacht werden. Die zweite Wahrheit, die auch dieser Krieg wieder bestätigt, ist, daß von zwei Gegnern der siegreich bleibt, der den Willen hat, Sieger zu sein. Die Grundlage der bulgarischen Siege sind zweifellos die genauen und methodischen Vorbereitungen der Mobilmachung, die moralische Ausdauer und die physische Widerstandskraft des Heeres, sowie die Einheit des Nationalgefühls.

Die griechische Vertretung auf der Pariser Einigungscommission wird bestehen aus dem griechischen Gesandten in Paris, Romanoß, dem Gouverneur der griechischen Nationalbank, Balaoritis, dem Professor des internationalen Rechts an der Universität Paris, Politis, dem attischen Deputierten an der Nationalversammlung, dem ersten Dragoman bei der griechischen Gesandtschaft in Konstantinopel, Raun, und einem Beamten des Ministeriums des Aeußern.

### Der Fall Krupp. Fortsetzung der Reichstagsdebatte.

(Originaltelegramm der „Hartung'schen Zeitung“.) So. Berlin, 19. April.

Der Fall Krupp, wie er heute auch von der rechten Seite des Hauses genannt wurde, beschäftigte den Reichstag heute noch zwei Stunden lang. Herr Liebknecht ergänzte seine Mitteilungen von gestern, indem er unter anderem darauf hinwies, er könne sich unmöglich nur um subalterne Organe geäußert haben, denn die geheimen Berichte, die die Berliner Agenten nach Essen geschickt, seien dort im Schreibtische eines Herrn von Dewitz, der eine ziemlich hervorragende Stelle im Direktorium der Firma Krupp einnehme, gefunden und von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden. Vor allem verwahrte sich der sozialdemokratische Redner gegen den Versuch des Kriegsministers vom Tage zuvor, die Firma Krupp ohne weiteres in Schutz zu nehmen und die sozialpolitischen Verdienste der Firma ins Feld zu führen, und er ließ diese Verwahrung in der Verlesung eines Schreibens gipfeln, das 1869 Friedrich Krupp an Napoleon III. gerichtet. Es ist natürlich eine maßlose Übertreibung, wenn Herr Liebknecht die peinliche Affäre „ein Panama, schlimmer als Panama“ nennt. Ebenso natürlich aber kann man sich nicht, wie Herr v. Heeringen es tat, mit ein paar schönen Redensarten über den Fall hinwegsetzen. Das kam von allen Seiten zum Ausdruck, selbst von dem Nationalliberalen Götzing, der grundsätzlich den Standpunkt vertrat, in eine schwebende Untersuchung nicht hineinreden zu wollen. Es müßte, wie Herr Dr. Dertel namens der Konservativen erklärte, wenn sich die Anklage bewahrheiten sollte, auch keine Partei ein derartiges Vorkommnis auf das allerhöchste verurteilen. Besonders temperamentvoll zog der Zentrumsgesandte Dr. Pfeiffer gegen die Machinationen der Rüstungsindustriellen zu Felde. Der Volksparteiler Dove erklärte in seiner vornehm und ruhigen Weise, daß er vom Kriegsminister erwarte, er werde nach wie vor seine Schuldigkeit tun. Gegen die von Liebknecht zur Abwehr vorgeschlagene Verstaatlichung der Rüstungsindustrie hatte der sozialdemokratische Redner allerdings schwere Bedenken. Schließlich protestierten noch die Abgeordneten Brabant von der fortschrittlichen Volkspartei und Hegen Scheidt von der Reichspartei gegen gewisse Verallgemeinerungen, die sich der Abgeordnete Liebknecht heute zu schulden kommen lassen.

Vielleicht wäre es überhaupt besser gewesen, die Fraktion der Sozialdemokraten hätte einen anderen Redner mit den Enthüllungen betraut. Herr Liebknecht ließ zu deutlich merken, daß es ihm weit weniger um den speziellen, gewiß sehr traurigen Fall, als um die fortwährende Propaganda gegen die neue Wehrvorlage und um den Militarismus überhaupt zu tun sei.

Bald nach 1 Uhr konnte die Generaldebatte geschlossen und die Spezialdiskussion eröffnet werden. Herr Kunert verlangte eine stehende Militärgeschäftsbarkeit. Herr Zubeil sprach, wie schon vorgetrieben der Zentrumsgesandte Pfeiffer, gegen die Konfurrenz, die die Militärkapellen den Zivilmusikern machen u.s.w. Nach sechsstündiger Sitzung vertagte man sich auf Montag.

### Sitzungsbericht vom Reichstag.

Am Bundesratspräsident: Kriegsminister v. Heeringen. Präsident Dr. Kämpf eröffnete die Sitzung um 11.20 Uhr. Die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs wird fortgesetzt.

Über den Beginn der Sitzung vgl. Abendblatt. In der Spezialdebatte über den Militäretat bittet bei den Militärkapellen-Adjutanten

Abg. Berner (Nst.) um endlichen Abschluß der Uniformfragen. Bei der Militärjustizverwaltung wurde nach den Ausführungen der Abg. Kunert und Stadthagen (Soz.) eine Resolution angenommen behufs Aufstellung einer genauen Kriminalstatistik für das Meer und die Marine.

Bei dem Titel Adjutanten und Offiziere in besonderen Stellungen erklärt der

Kriegsminister v. Heeringen: Bis zur dritten Lesung wird es unmöglich sein, eine von der Kommission vorgeschlagene Resolution auf Vorberätungen zu einer entsprechenden Verminderung der Zahl der persönlichen Adjutanten zu treffen.

Die Resolution wurde angenommen. Bei dem Titel Militärkorps führt

Abg. Zubeil (Soz.) aus: Die Konfurrenz der Militärkapellen wird immer stärker. Angesichts der neuen Heeresvorlage müssen wir weitere Schutzmaßnahmen für die Zivilmusikern schaffen.

Generalleutnant v. Sandel: Die erneute Prüfung der Frage ergab, daß Widerstände zurzeit nicht vorliegen. Wir prüfen alle Beschwerden. Eine völlige Unterbindung der Militärmusik darf schon im Interesse der Kunst nicht stattfinden. Die Zahl der Militärkapellen ist nicht gemacht. Die Kopfzahl ist geringer geworden.

Nach weiteren Bemerkungen des sächsischen Generalmajors von Leudart und der Abg. Reichling (Fortst. Nst.) und Zubeil (Soz.) wird der Titel bewilligt.

Das Kapitel Naturalverpflegung wird nach kurzer Erörterung genehmigt.

Bei „Bekleidung und Ausrüstung“ bepricht

Abg. Böhle (Soz.) die Affordarbeit in den Bekleidungsämtern, die zu Lohnbrüderlei benutzt werde.

Generalmajor Staabs: Bei der Vergabe von Arbeiten werden die Arbeiter ausdrücklich verpflichtet, angemessene Löhne zu zahlen. Die Durchschnittslöhne sind die ortsbüchlichen.

Nach weiterer unerheblicher Erörterung wird die Weiterberatung auf Montag 2 Uhr vertagt. Außer dem Etat des Reichshauptamtes.

r. Berlin, 19. April. Wie die „Post. Ztg.“ mitteilt, steht die Stellungnahme des Abgeordneten Dr. Brabant in der Krupp-Angelegenheit mit der Auffassung der überwiegenden Mehrheit der Fraktion nicht im Einklang. Sie sei vielmehr nur als eine persönliche Meinungsäußerung zu betrachten.

### Die Elektrifizierung der Berliner Straßenbahn.

(Originaltelegramm der „Hartung'schen Zeitung“.) So. Berlin, 19. April.

Im Abgeordnetenhaus stand heute die Elektrifizierung der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahn in zweiter Lesung zur Debatte. 50 Millionen Mark fordert die Regierungsvorlage dafür. Die Kommission hat

jedoch das Geltungsgebiet des Entwurfs wesentlich eingeschränkt. Sie will nur zur Einrichtung eines elektrischen Betriebes für den Stadt- und Ringbahnverkehr unter Ausschaltung der Vorortbahnen die Hälfte bewilligen. Noch weitere Verkürzungen bezweckte der Zentrumsantrag, der nur 9 Millionen Mark der Regierung kreditieren will. Herr von Breitenbach hatte demgegenüber keinen leichten Stand, legte aber in einer vorzüglichen und erschöpfenden Rede die Gründe dar, warum er an dem Entwurfe festhalten müsse. Die Bewältigung des gewaltigen Verkehrs auf den Bahnen der Reichshauptstadt könne nur durch einen gründlichen Eingriff stattfinden, und dafür käme nur diese Elektrifizierung in Betracht. Auch könne die Verantwortung für den Betrieb bei den jetzigen Verhältnissen nicht länger von der Regierung getragen werden. Befürchtungen wegen der Landesverteidigung könnten nicht ins Gewicht fallen, denn die Vorlage bedeute keinen Schritt zu einer allgemeinen Elektrifizierung der Staatsbahnen. Das wurde von einem Vertreter des Generalstabes bestätigt, und auch der Unterstaatssekretär Michaelis vom Finanzministerium sprach für die Regierungsvorlagen, wenn er auch zugeben müßte, daß sein Chef ursprünglich Bedenken gegen die Vorlage gehabt habe. Konervative und Zentrum verwarnten alle diese Gründe nicht einzusehen und aus ihren Reden klang die ganze feindselige Haltung wieder, die man in diesen Kreisen gegen den Fortschritt der großen Städte hegt. Herr v. Pappenheim schob den Kriegsminister in den Vordergrund, obwohl ihm dies a priori vom Minister widerlegt war und Herr Würmeling vom Zentrum glaubte, die großen Lasten der Verantwortung, die diese Vorlage mit sich bringt, nicht tragen zu können, verlangte auch, daß die Stadt Berlin einen Zuschuß leiste. Nationalliberale und Konservative dagegen erklärten sich für den Entwurf in der Kommissionsfassung. Der volksparteiliche Abg. Kreiling gab eine anschauliche Schilderung von der drangvollen, fürchterlichen Enge, die nicht selten auf der Berliner Stadtbahn herrsche, trat entschieden für den Kommissionsantrag ein, warnte die Regierung aber vor einer Tarifierhöhung auf der Stadtbahn, damit die Bevölkerung nicht zu anderen Verkehrsmitteln ihre Zuflucht nehme. Den Schluß bildete eine recht lange Rede des sozialdemokratischen Abg. Hoffmann, der die Städtefeindlichkeit der Regierung und der Konservativen in das rechte Licht zu rücken verdingte. Dann brach man die Debatte ab, um sie am Montag wieder aufzunehmen.

### Die Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Vizepräsident Dr. Borich eröffnet die Sitzung um 10.15 Uhr. Der Gesetzentwurf über die Änderung der Landesgrenze gegen das Herzogtum Anhalt wird nach kurzen Ausführungen des Abg. Arendt (freik.) in dritter Beratung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betr. Elektrifizierung der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen.

In der Regierungsvorlage werden 50 Millionen Mark gefordert. Die Kommission bewilligt nur 25 Millionen zur Elektrifizierung der Stadt- und Ringbahn. Auf die Elektrifizierung der Vorortbahnen soll vorläufig verzichtet werden. Die Kommission fordert in einer Resolution die Regierung auf, bei Anforderung weiterer Mittel eine Denkschrift vorzulegen, aus der sich näheres über die Ergebnisse der noch anzustellenden Versuchsfahrten mit Triebgestellen und über die zu wählende Stromart ergibt. Auch soll Anschluß gegeben werden, ob es wirtschaftlich ist, auf weiteren Linien der Berliner Vorortbahnen die elektrische Zugförderung einzuführen. In einer weiteren Resolution wird die Regierung ersucht, bei den Tarifierhöhungen auf die Veranschlagung und Tilgung des für die Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen angewendeten Anlagekapitals Bedacht zu nehmen.

Minister v. Breitenbach: Der Verkehr auf dem in Rede stehenden Verkehrsnetz entwickelte sich so stark, daß die Regierung eine Verantwortung für den Betrieb nur dann übernehmen kann, wenn eine Änderung des Betriebes erfolgt. Bedauerlich ist die Agitation der Lokomotivfabriken gegen die Vorlage. Die Einführung des elektrischen Betriebes wird eminente Vorteile für den Verkehr und den Betrieb bringen. In Bezug auf Dichtigkeit, Zugfolge und Fabrikfähigkeit, kann Dampfbetrieb niemals dem elektrischen Betrieb erweichen. Und ein vervollkommneter Dampftrieb werde sich schwer stellen, als der elektrische Betrieb. Die Wahl des Wechselstromes würde die zweckmäßigste Lösung geben. Der Kommissionsbeirat trägt den Wünschen der Regierung im wesentlichen Rechnung. Der Antrag Gerbarbus, der Berlin zu den Kosten heranziehen will, bringt uns keinen Schritt weiter. Ich bitte das Haus, sich seiner großen Verantwortlichkeit bei der Entscheidung über die Vorlage bewußt zu sein.

Abg. v. Pappenheim (Nst.): Wir sind uns der großen Verantwortung bei der Vorlage bewußt und werden danach unsere Entscheidung treffen. Wir bedauern lebhaft, daß Macco, der ein großer Sachkenner auf diesem Gebiet ist, nicht an der Beratung teilnehmen kann. Ich weise auf das entscheidende zurück, daß wir uns trotz irgendwelcher Interessen der Industrie beeinflussen lassen. Es handelt sich bei der Vorlage nicht um einen Kampf zwischen Dampf und Elektrizität, sondern darum, ob wir jetzt die Einführung des elektrischen Betriebes verantworten können. Wir sind der Ansicht, daß sich die Kosten gegenüber dem Anschlag wesentlich erhöhen werden. Die Heeresverwaltung stellte die Bedingung, daß diese Bahnen auch für den Dampftrieb eingerichtet werden müssen. Das bedeutet eine schwere Belastung des elektrischen Betriebes. Auch Vertreter der Reichspostverwaltung machten gewisse Vorbehalte und erklärten, daß sich die Tragweite der Elektrifizierung noch nicht übersehen lasse. Wir sind mit großen technischen Autoritäten der Ansicht, daß die Frage nicht spruchreif ist. Es wird zu prüfen sein, ob nicht durch verbesserte Dampflokomotiven den jetzt herrschenden Schwierigkeiten abgeholfen werden kann. Professor Camer in Charlottenburg erhob erhebliche Bedenken bezüglich der Leistungsfähigkeit, Betriebssicherheit und Kostenfrage. Ich halte persönlich die Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn nur für eine Frage der Zeit. Aber die Sache ist jetzt noch nicht spruchreif. Wir stimmen dem Antrag Gerbarbus zu, in dem 6 620 000 Mark zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf den Berliner Stadt- und Vorortbahnen und 3 Millionen Mark für Verluste mit elektrischen Betriebsmitteln gefordert werden.

Oberleutnant Gröner: Nach eingehender Prüfung aller Gründe kamen wir zu dem Resultat, daß Bedenken der Heeresverwaltung nicht bestehen. Unterstaatssekretär Michaelis: Der Finanzminister stellte seine Bedenken in der Erwartung zurück, daß die wirtschaftlichen Folgen der Vorlage günstig sein werden.

Abg. Schmiebig (natl.): Wir werden uns durch die Einwände des Abg. Pappenheim nicht irremachen lassen. An Sonn- und Feiertagen sind die Verkehrsverhältnisse der Berliner Stadtbahn ganz unleslich. Wir lehnen den Zentrumsantrag ab und stimmen der Vorlage in der Kommissionsfassung zu.

Abg. Würmeling (Ztr.): Der größere Teil meiner Kräfte ist augenblicklich nicht in der Lage, der Vorlage in der Kommissionsfassung zuzustimmen. Der elektrische Betrieb ist sehr empfindlich gegen Störungen aller Art, so daß es unverantwortlich wäre, größere Bahnstrecken zu elektrifizieren. Das Bedenken der Betriebsempfindlichkeit gilt aber auch für kleinere Bahnen. Wir zeigen mit unserem Antrag, daß wir bestrebt sind, den Verkehr quantitativ und qualitativ zu verbessern.